

## **Initiativantrag**

**der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten  
betreffend  
die Rücknahme der Verschlechterungen beim Pflegegeldzugang**

**Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

### **Resolution**

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für eine Verbesserung der Situation von Pflegebedürftigen einzusetzen, indem von den geplanten Verschlechterungen beim Zugang zu den unteren Pflegegeldstufen Abstand genommen wird. Stattdessen sollen die Freibeträge und das Pflegegeld jährlich automatisch eine Wertanpassung erfahren.

### **Begründung**

Seit der Einführung im Jahr 1993 wurde das Pflegegeld nur drei Mal erhöht. Der daraus resultierende Wertverlust liegt bei über 30 Prozent. Bei den Freibeträgen sind es sogar an die 60 Prozent, da sie seit 1988 keine Anpassung an die Inflationsrate erfahren haben.

Dennoch sind erneut Kürzungen bei den Pflegebedürftigen geplant. Nachdem bereits 2011 der Zugang zum Pflegegeld verschärft wurde, soll mit der geplanten neuen Regelung erneut der Betreuungsbedarf für die Pflegestufen eins und zwei um fünf bzw. zehn Stunden angehoben werden. In Oberösterreich handelt es sich dabei um jene Bezieherkreis, welcher die relativ meisten anspruchsberechtigten Personen (mehr als 50 Prozent) umfasst, womit zehntausende Pflegebedürftige vom Pflegegeldbezug ausgeschlossen würden.

Es kann nicht sein, dass Pflegebedürftige weiter belastet und Budgetlöcher auf dem Rücken der Ärmsten gestopft werden. Deshalb ist von den geplanten Verschlechterungen beim Zugang zum Pflegegeld Abstand zu nehmen. Um die Situation der Pflegedürftigen und der pflegenden Personen zu verbessern, sollen das Pflegegeld und der Freibetrag in Zukunft jährlich automatisch eine Wertanpassung an die Inflationsrate erfahren.

Linz, am 3. November 2014

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

**Steinkellner, Wall, Klinger, Schießl, Povysil, Cramer, Lackner, Mahr, Nerat**